Montag, 18. Februar. № 7. 1867. — 4. Jahrgang.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Die Berichte über die Verhandlungen des norddeutschen Parlamentes.

Vor uns liegt eine große Anzahl von Zuschriften, welche freundliche und wohlwollende Leser unseres Blattes an uns gerichtet haben. Alle finden es unrecht von uns, daß wir in unserem letzten Wochenbericht gesagt haben, „die Presse befinde sich jetzt, nachdem der Gesetz-Entwurf betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages des norddeutschen Bundes verworfen sei, nicht in der Lage, ausführliche Berichte über die Verhandlungen des norddeutschen Parlamentes zu bringen, sie werde sich einfach mit Veröffentlichung der Beschlüsse des Parlamentes begnügen müssen." Wir fühlen uns dem in jenen Zuschriften trotz alles Wohlwollens enthaltenen Vorwurf gegenüber verpflichtet, die Gründe, mit welchen man uns von dem Irrigen unserer Ansicht zu überzeugen sucht, hier offen zu widerlegen.

Die Mehrzahl der Schreiber betont vor Allem das Interesse, welches das Publikum an einer möglichst vollständigen Wiedergabe der Verhandlungen des Parlamentes hat, meint, mittelst sorgfältiger Redaktion werde es gelingen, jede Gefahr zu vermeiden und verweist schließlich auf die Haltung der Blätter, welche der Regierung nahe stehen, in dieser Frage, um zu beweisen, daß die Sache in der Praxis nicht so schlimm sein werde, als man im ersten Augenblick geglaubt habe. Wir wollen erst diese Gründe, mit welchen man unsere Ansichten erschüttern will, besprechen, und sie auf ihre wahre Bedeutung zurückführen, ehe wir den Hauptsturm, den einige der geehrten Schreiber auf uns machen, zurückzuschlagen versuchen werden.

Was das Interesse des Publikums anbelangt, so hat uns die rege Betheiligung bei den Wahlen die freudige Gewißheit gegeben, daß dasselbe in Wahrheit ein sehr lebhaftes ist, und müssen wir natürlich wünschen, daß jede Zeitung dieses Interesse in dem Verhältniß zu berücksichtigen sucht, als es ihr Raum gestattet.

Aber welches Interesse kann der Leser an Berichten haben, in denen sich die Lebhaftigkeit der Debatte nicht wiederspiegelt? Wie kann man verlangen, daß er aufmerksam die Reden liest, mit welchen ein Minister sich und alle Beamten seines Ressorts gegen Angriffe rechtfertigt, welche der Leser nicht kennt, denn die Rücksicht auf Art. 100 und 101 unseres Strafgesetzbuches wird den Redakteur wohl in den meisten Fällen bestimmen müssen, alle etwaigen Angriffe auf Behörden und allen Tadel einzelner Maßregeln der Regierung sorgfältig auszumerzen, ehe er die Sitzungs-Berichte zum Druck giebt. So muß das Interesse der Leser an jenen Berichten, so lebhaft es auch von Anfang an sein mag, nothwendiger Weise durch die „sorgfältige Redaktion", welche man verlangt, abgeschwächt werden.

Man sagt uns nun, daß eine so sorgfältige Redaktion gar nicht nothwendig sein werde, denn die offiziösen Blätter versichern ja, daß trotzdem, daß kein Gesetz die wahrheitsgetreuen Berichte schützt, doch „die Verhandlungen des Reichstags in derselben Weise und mit derselben Freiheit der Oeffentlichkeit anheimfallen werden, wie diejenigen des preußischen Landtags." Die Sache liegt aber nach unserer Ansicht anders. Fallen bei den Verhandlungen des Reichstags, z. B. bei den Wahlprüfungen Aeußerungen, welche eine Beleidigung gegen preußische Beamte enthalten, so muß, wenn eine Zeitung diese Aeußerungen in ihrem Berichte aufnimmt, bei Erhebung einer Anklage der betreffende Richter auf Schuldig erkennen, denn die Straflosigkeit ist jetzt durch kein Gesetz gesichert. Die Hinweisung auf eine „mildere Praxis" können wir von unserem Standpunkte aus nicht als berechtigt anerkennen, denn das heißt doch streng genommen weiter nichts, als die Hoffnung aussprechen, daß die Beamten nicht streng nach dem Gesetze handeln werden.

Das kann und darf aber kein Mensch, der es gut mit seinem Vaterlande meint, wünschen.

Es scheint nun auch, als ob die Verfasser der an uns gerichteten Schreiben meist selbst die Hinfälligkeit ihrer Gründe erkannt haben, denn sie schließen mit der an uns gerichteten Aufforderung, wir sollten in dem Kampf für Recht und Wahrheit, den wir seit Jahren mit so großer Ausdauer geführt haben, nicht erlahmen;

wir und alle unsere Kollegen sollten uns doch nicht durch drohende Gefahren schrecken lassen; würde wirklich ein Nachtheil daraus für uns erwachsen, so würden wir ja in dem Bewußtsein, dem V[illegible]nützt zu hab[illegible], einen reichen Ersatz finden.

Diese[illegible] Ruf a[illegible] unseren Pa[illegible]ot[illegible]ver[illegible]en, wir gestehen es offen, alle Bea[illegible]ung, und wenn wir trotz dem unsere Ansicht nicht ändern können, so haben unsere Leser ein Recht, eine genügende Motivirung zu verlangen. Wir wollen diese in wenigen Worten geben.

Seit sechs Jahren führt eine kleine Schaar von Männern mit den größten Anstrengungen den Kampf für das, was sie als gut und nützlich für das Volk erkannt haben. Daß dieser Kampf kein leichter gewesen, dafür liefern die zahlreichen Preßprozesse ein lautsprechendes Zeugniß, und wenn trotz so mancher harten Strafe doch Männer wie Hasenkamp, Dumas u. s. f. in dem Kampfe nicht erlahmten, so darf man ihnen gewiß nicht den Vorwurf der Muthlosigkeit machen. Sie, die wir so eben genannt, haben diese Strafen erduldet, andere, wie Oppenheim, der Redakteur der deutschen Jahrbücher, und Walesrode, der Redakteur des Fortschritts, haben wiederholt in Folge ihrer journalistischen Thätigkeit Preußen verlassen müssen. Alle diese Männer haben gewiß den Kampf nicht um äußerer Vortheile willen geführt, sondern weil sie das, was sie für recht hielten, allgemein als solches anerkannt sehen wollten, aber, wenn sie für das Volk und sein Recht stritten, so mußten sie hoffen, sich eine bleibende Stätte im Herzen des Volkes zu sichern. Ist dies geschehen? Heut, wenige Tage nach dem Wahltage, wo das ganze Volk seine Stimme abgegeben hat, müssen wir dem Volke den Vorwurf machen, daß es auch nicht eines Einzigen dieser Streiter gedacht hat. Nirgends hat man daran gedacht, diese Männer als Kandidaten aufzustellen, damit sie, die so lange in der Presse für das Volksrecht gekämpft haben, auch in dem Parlamente diesen Kampf fortsetzen.

Wir gestehen offen, daß eine solche Erfahrung nicht dazu beitragen kann, den Opfermuth derjenigen zu steigern, von denen man ihn fortwährend verlangt, um nachher, wenn sie eine mehr oder weniger starke Strafe erleiden müssen, die Achseln zu zucken und zu sagen: ja, weshalb hat er auch so unvorsichtig geschrieben! Unter solchen Verhältnissen soll man aber auch nicht verlangen, daß ein Redakteur bei der Mittheilung der Verhandlungen des norddeutschen Parlamentes sich Gefahren aussetzt, für deren Erdulden ihn nicht einmal die dankbare Gesinnung des Volkes entschädigt.

Politische Wochenschau.

Preußen. Wie in den vergangenen Wochen die Vorbereitungen zu den Wahlen vorzugsweise die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, so war es in dieser Woche die Wahl selbst und das Resultat, welches das Interesse in Anspruch nahm. Die Wahlen sind am 12. mit einer musterhaften Ordnung und unter sehr reger Betheiligung des Volkes vor sich gegangen. Wenn das Resultat auch im Großen und Ganzen nicht den Hoffnungen entspricht, welche die liberale Partei an diese Wahlen knüpfte, so zeigt doch die in allen Landestheilen gleichmäßig starke Betheiligung, daß das Interesse des Volkes an der Verwaltung des Staates allge[illegible]ein gew[illegible] und dieses Inte[illegible]e [illegible]rd bei der Mehrheit des V[illegible] auch bal[illegible] das Verstä[illegible]dn[illegible] d[illegible]r wecken, wo es [illegible]e [illegible]en Ver-tre[illegible]e[illegible] Interesse[illegible] zu suchen hat. [illegible]iese [illegible]o[illegible]nung muß un[illegible] stärke[illegible] w[illegible]n wir sehen, daß so m[illegible]ch[illegible] g[illegible]te Patriot, so mancher wackere Vorkämpfer für Fr[illegible]eit und Recht, [illegible] [illegible]o ge[illegible] im Par[illegible]en gesehen hä[illegible]n, [illegible]leicht [illegible]ngs bei den Berathungen fehlen wird. Wir nennen hier nur zwei von diesen Männern, Männer, deren Stimmen schwer wiegen im Rathe des Volkes, v. Forckenbeck, der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, und Wilhelm Löwe-Calbe, der letzte Präsident der deutschen Nationalversammlung, dessen Stimme eigentlich nirgends fehlen sollte, wo das deutsche Volk über seine Angelegenheiten beräth.

In Bezug auf die Wahlen selbst liegen allerhand Nachrichten vor, welche zeigen, wie wenig bis jetzt der Begriff der Wahlfreiheit und der Vorzüge der geheimen Wahl Allgemeingut geworden ist. Wir hoffen, daß alle solche Fälle im Parlament selbst werden zur Sprache gebracht werden, und daß man nicht verabsäumen wird, da, wo es nöthig ist, eine Korrektur eintreten zu lassen.

Das Parlament ist auf den 24. d. M. einberufen, möge dasselbe trotz aller ungünstigen Aussicht die Hoffnungen erfüllen, welche man von Anfang an an dessen Zusammentritt geknüpft hat.

Während die allgemeine Aufmerksamkeit sich den Wahlen zuwandte, veröffentlichte ein französisches Blatt einen Auszug aus dem Verfassungsentwurf für Norddeutschland, und da bis jetzt von keiner Seite die Richtigkeit jener Mittheilung in Abrede gestellt ist, so müssen wir sie als genau ansehen. Es bringt diese Veröffentlichung nichts Neues, und geben wir daher nur einige wichtige Mittheilungen aus derselben. Das zweite Kapitel (Bundes-Gesetzgebung) ordnet an, daß der Bund auf seinem Gebiete Gesetze erlassen kann und diese über den Lokalgesetzen stehen; jeder in einem der Bundesstaaten geborene Staatsbürger hat das Bürgerrecht in jedem der Bundesstaaten. Die Bundes-Gesetzgebung umfaßt: 1) das Heimathsrecht und die Auswanderung, 2) Zölle und Handel, 3) Gewicht, Maß, Münze und Papiergeld, 4) die Banken, 5) die Erfindungs-Patente, 6) das Eigenthumsrecht der Künstler und Schriftsteller, 7) Kollektivschutz für Handel und Flagge deutscher Nation im Auslande, gemeinsames Schifffahrts- und Konsularwesen, 8) Eisenbahnen, 9) Schifffahrt und Abgaben auf allen verschiedenen Staaten angehörenden Gewässern, 10) Post- und Telegraphenwesen, 11) zivil- und handelsgerichtliches Verfahren. Der Bundesrath und die Bundesversammlung üben die Bundesgesetzgebung gemeinschaftlich aus. Sobald beide Versammlungen über ein Gesetz einig sind, hat dasselbe Gesetzeskraft. — Das fünfte Kapitel handelt von der Bundesversammlung, welche nach allgemeinem Stimmrechte gewählt wird. Bis zur Annahme eines Bundeswahlgesetzes wird die Bundesversammlung nach dem preußischen Wahlverfahren gewählt. Oeffentliche Beamte sind nicht wählbar. Die Sitzungen sind öffentlich. Die Wahlen sind für drei Jahre gültig und die Versammlung ernennt ihr Bureau selber. Abgestimmt wird nach absoluter Stimmenmehrheit. Die Mitglieder haben auf Taggelder keinen Anspruch, können wegen ihrer Vorträge und Abstimmungen nicht verfolgt werden und dürfen kein Mandat zu bestimmten Zwecken annehmen. — Das elfte Kapitel behandelt die militärische Organisation. Jeder Bewohner der Nordstaaten ist zum Militärdienste verpflichtet,

ohne sich ersetzen lassen zu können. Die Bundesstaaten steuern verhältnißmäßig zum Kriegsbudget bei. Jeder Bewohner dient vom 20. bis 22. Lebensjahre, und ist Mitglied der Landwehr bis zum 32. Der Effektiv-Bestand der Bundesarmee ist während zehn Jahren auf 1 pCt. der Bevölkerung festgesetzt. Für jeden Mann des Effektiv-Bestandes erhält der König von Preußen 225 Thlr. Der König von Preußen führt den Oberbefehl über die Armee; er überwacht sie zu jeder Zeit; er setzt sie auf Kriegsfuß und bestimmt ihre Höhe. Er empfängt den Eid der Truppen. Er ernennt die Generale und die Kommandanten der Festungen. Er kann Festungen bauen. Die übrigen Offiziere werden von den Bundesfürsten ernannt, die ihr Kontingent kommandiren. Der König von Preußen kann den Belagerungszustand proklamiren. Während des Kriegszustandes geht die Obergewalt auf den ganzen Bundesterritorium in seine Hände über; die Zivilbehörden stehen alsdann ebenfalls unter ihm.

Aus anderweitigen Nachrichten geht hervor, daß die Bestimmungen des fünften Kapitels schon in dem ursprünglichen preußischen Entwurf vorhanden waren, also Forderungen sind, welche die preußische Regierung gestellt hat.

Man muß gestehen, daß diese Verfassung sehr wenig dem entspricht, was die liberale Partei wünscht. Sie wird voraussichtlich in dem Parlament selbst zu heftigen Debatten Veranlassung geben, und wenn sich, was wir trotz aller ungünstigen Nachrichten über die Wahlen nicht erwarten, in dem Parlament eine Mehrheit für diesen Entwurf ergeben sollte, so wird sich das preußische Abgeordnetenhaus gewiß nicht entschließen, einer Verfassung zuzustimmen, welche der preußischen Volksvertretung wesentliche Rechte entzieht, ohne sie in die Hände einer Körperschaft zu legen, der man ein ebenso großes Vertrauen schenkt, wie unserem Abgeordnetenhause.

In den neuen Provinzen sind in Nassau die Wahlen durchgehends liberal ausgefallen, in Hannover ist auch die Mehrzahl der liberalen Kandidaten gewählt worden.

Die Wahlen in den übrigen Staaten des norddeutschen Bundes sind, soweit sie bekannt sind, in ihrer Mehrzahl liberal ausgefallen, selbst in Mecklenburg haben sämmtliche sechs Kandidaten der liberalen Partei gesiegt.

Rußland. Die Russificirung Polens geht unaufhaltsam vorwärts; vom 1. März cr. wird es in der amtlichen Sprache kein Königreich Polen mehr geben, sondern nur noch ein Militärgouvernement Warschau.

Türkei. Es scheint, als ob es der Türkei wirklich gelungen wäre, noch einmal die drohende Gefahr der Zertrümmerung zu beseitigen; Kandia ist ruhig, d. h. Pulver und Blei haben die vorlauten Schreier zum Schweigen gebracht, und auch aus Epirus hört man nichts mehr von den Aufständischen.

England. Nachdem die Fenier eine Zeit hindurch ganz verschwunden zu sein schienen, sind sie plötzlich in der Gegend von Cork, 600 Mann stark, aufgetaucht, und haben einen Versuch gemacht, sich des dortigen Schlosses, wo große Waffenvorräthe lagern, zu bemächtigen. Der Versuch ist mißglückt, und sie haben sich in die Berge zurückgezogen. Obgleich also eigentlich keine Gefahr für England vorhanden ist, so dürfte sich doch vielleicht ein sehr langwieriger Kampf in den Schluchten und Engpässen des Gebirges daraus entwickeln, welcher Irland selbst noch lange Zeit in Aufregung erhalten wird.

Amerika. In den Vereinigten Staaten nimmt augenblicklich die Anklage gegen den Präsidenten Johnson das Interesse vorwiegend in Anspruch. Dieselbe ist noch nicht formulirt, aber unterdeß treffen Senat und Repräsentantenhaus alle nothwendige Maßregeln, um die Politik des Präsidenten, welcher die vollständige Emancipation der Sclaven nicht dulden will, unschädlich zu machen.

Die letzten Nachrichten aus Mexico lauten scheinbar für den Kaiser Max etwas günstiger, doch dürfte er schließlich doch wohl sehr bald seinem Reiche den Rücken kehren müssen.

Neueste Nachrichten.

Wie wir hören, wird die Gültigkeit der Wahl von Moritz Wiggers angefochten werden, weil derselbe in seiner Heimath kein aktives Wahlrecht besitzt.

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht einen Brief des Herrn v. Schweitzer, in welchem die sozialistische Partei auffordert, in Düsseldorf bei der engeren Wahl für den Abg. Groote zu stimmen. Eine Stelle in dem Briefe scheint anzudeuten, daß Herr v. Schweitzer für Elberfeld nicht die gleiche Taktik wünscht.

Florenz, Sonnabend, 16. Februar, Abends. Die Neubildung des Ministeriums hat in folgender Weise stattgefunden: Ricasoli Präsidium und Inneres, Visconti-Venosta auswärtige Angelegenheiten, Depretis Finanzen, Devincenzi öffentliche Arbeiten, Brancheri Marine, Correnti Unterricht, Cugia Krieg. Mari übernimmt wahrscheinlich das Portefeuille der Justiz.

Madrid, Sonnabend 16. Februar, Abends. Eine Ordonnanz des Generalkapitäns erklärt die Redakteure und Drucker geheimer Druckschriften, sowie die Kapitalisten, welche die Mittel dazu liefern, der Todesstrafe schuldig.

Paris, Sonnabend 16. Februar, Abends. In dem Budget für das Jahr 1868 belaufen sich die Gesammteinnahmen auf 1954,525,244, die Gesammtausgaben auf 1954,342,114 Frcs. Ueberschuß 188,130 Frcs.

Aus Berlin.

= Aus dem Berliner Vereinsleben. Unsere Leser werden begreifen, daß wir in dieser Woche keine bedeutenden Mittheilungen aus dem Berliner Vereinsleben liefern können. Gleichwohl hat am 12. Februar die Thätigkeit und Regsamkeit, welche die Berliner Bezirksvereine entfalten, den glänzendsten Triumph gefeiert. Dieselbe Hauptstadt, welche in den Septembertagen des vorigen Jahres den berechtigten Jubel über die „glänzenden Siege“ unserer Heere einen so lebhaften Ausdruck verlieh, hat durch die Wahlen von Lasker, Waldeck, Moritz Wiggers, Runge, Franz Duncker und Schulze-Delitzsch bewiesen, daß sie nicht gesonnen, im gegebenen Moment ihre verfassungsmäßige Freiheit aus den Augen zu lassen, daß sie wohl die Einigkeit Deutschlands erstrebt, aber sie zugleich auf dem festen Fundamente der Freiheit errichtet haben will. Das Wahlresultat ist doppelt erfreulich durch die lebhafte Betheiligung, die in der That vorzüglich der Vereinsthätigkeit zu danken ist, die am Anfang dieser Woche sich noch zu den letzten energischen Anstrengungen aufraffte, um die Wahlvorbereitungen zu vollenden. Fast sämmtliche Bezirksvereine hielten mehr oder weniger allgemeine, aber stets zahlreich besuchte Versammlungen ab, in denen noch einmal das ganze Verhalten am Wahltage gründlich besprochen wurde. Größere Versammlungen fanden am Sonntag noch im VI. Reichswahlbezirke statt, wo die konservative Partei zu einer Einigung über die Kandidaturen des Grafen v. Bismarck und des General Steinmetz nicht gelangen konnte. Die von dem konservativen Wahlkomité auf Sonntag Vormittag in die Tonhalle berufene Versammlung nahm einen geradezu komischen Verlauf. Der früher liberale Fabrikbesitzer Schwarzkopf hatte sich in den Kopf gesetzt, den Grafen Bismarck gegenüber dem General Stein-

metz durchzubringen und die Rivalität der Anhänger beider Donatare brachte die Gemüther so in Hitze, daß es sogar zu Beschuldigungen der Fälschung kam und schließlich der Vorsitzende der, übrigens zum größten Theil aus Schulzianern bestehenden Versammlung, Hilfe in seiner Noth durch die Auflösung derselben Seitens des anwesenden Polizeihauptmanns suchte und fand.

Zu gleicher Zeit fand eine aus mehr als 2000 Wählern des VI. Reichstagswahlkreises besuchte Versammlung in der Alhambra statt, wo Schulze-D.litzsch noch einmal in einem längeren Vortrag seinen bekannten politischen Standpunkt darlegte und unter endlosem Jubel zum Kandidaten des VI. Wahlkreises proklamirt wurde.

Nachdem jetzt die Wahlakten für Berlin definitiv geschlossen sind — nur im II. Wahlkreise dürfte für Waldeck eine Nachwahl in Aussicht stehen — so wird die Vereinsthätigkeit in den nächsten Wochen wohl bereits ihre gewohnten Geleise wandeln, aus denen sie durch die Wahlagitation zeitweise gedrängt war. Heute können wir nun aus einem Bezirksverein (der Stadtbezirke 5—8) berichten, in welchem eine besondere Commission Bericht über die Abänderung des Statuts der städtischen Sparkasse erstattete. Die Kommission stellte einen Antrag auf Zustimmung zu dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Dezember 1866, wünschte aber zugleich den dringenden Wunsch ausgesprochen zu sehen, daß die Mitglieder sich mehr für die von Schulze-Delitzsch in's Leben gerufenen Vorschuß- und Sparvereine interessiren sollten. (Die Anträge auf Aenderung des Statuts der Sparkasse bezweckten Herabsetzung des Zinsfußes und Verlängerung der Kündigungsfrist. Sie sind hervorgerufen durch die Krisis dieses Sommers.) Der Verein beschäftigte sich ferner mit der vom Magistrat beantragten Erhöhung der Mieths- und Haussteuer, für welche sich u. A. die Stadtverordneten Reichenheim und Friedländer erklärten, während Stadtverordneter Zacharias eine vorherige Reform der Miethssteuer wünschte. Nach sehr lebhafter Debatte wurde die Beschlußfassung ausgesetzt.

= Von den Unternehmungen, welche in den letzten Jahren im Interesse des Berliner Publikums ins Leben getreten sind, hat wohl keins so große Hoffnungen erweckt, wie die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn. Leider hat die jetzt abgehaltene Generalversammlung den Aktionären die Gewißheit gegeben, daß sie nicht nur für das vergangene Jahr keine Dividende erhalten, sondern auch sobald noch keine erwarten können, denn es sind noch etwa 50,000 Thlr. außerordentliche Ausgaben zu machen, welche allerdings bei einiger Vorsicht beim Abschluß des Ankaufes der Bahn hätten vermieden werden können.

= Die Berliner Omnibusgesellschaft wird vom 1. März an ein neues Experiment machen!

= Die seit dem 1. d. M. eingeführten Stadttelegraphen erfreuen sich einer sehr zahlreichen Benutzung, und wird dieselbe gewiß sich noch ganz unverhältnißmäßig steigern, wenn mit allen Postexpeditionen Telegraphenbüreaus verbunden sind, wie dies im Plane liegt.

= In der nächsten Zeit sollen einige der dringendsten Forderungen in Betreff der Pflasterung mehrerer Straßen befriedigt werden; über den gleichfalls schon seit Jahren nothwendigen Umbau der Königsbrücke, welchen der Fiskus zu besorgen hat, verlautet noch nichts.

= Wie wir vernehmen, soll der Elephant im zoologischen Garten am Dienstag, 19. d. M. vergiftet werden, falls bis dahin keine Besserung seines Zustandes eingetreten ist.

Vermischtes.

† Wir werden um den Abdruck folgender Ansprache ersucht:

New-York, den 25. Januar 1867.

An sämmtliche Arbeiter-Klassen.

Von dem Verein der vereinigten Tischler New-Yorks.

Wir halten es für Pflicht, in aller Arbeiter Interesse einen wahrheitsgetreuen Bericht der hiesigen Arbeitsverhältnisse zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, wozu wir die gefällige Mitwirkung aller öffentlichen Blätter zum Wohle des Arbeiterstandes ersuchen, damit die so häufig bittern Täuschungen und Verlockungen durch Vorspiegelung glänzender Verhältnisse abgewendet werden. Beinahe alle Gewerke haben zum gemeinsamen Wirken, ihre Verhältnisse und Existenz zu verbessern, Vereine gegründet. Der Tischler- (Schreiner-) Verein, schon längere Jahre bestehend, zählt jetzt nah an 2500 Mitglieder, verbunden mit den hieraus gebildeten Zweig-Vereinen — Kranken-Verein, Feuer Insurance und Lebens-Versicherung, jeder Verein mit selbstständigem Fond. Die bestehenden Arbeitspreise der Tischler, Pianoforte-Macher, Bildhauer, Dreher, Zimmerleute, Lackirer und Polsterer, haben einen Durchschnitt von 13 Dollars pr. Woche; und zerfällt in folgende Klassen: Gute gewöhnliche Arbeiter von 9 bis 12 Doll. pr. Woche, solche welche sich jede Vortheile angeeignet haben von 12 bis 15 Doll. pr. Woche, und die beste Klasse Arbeiter, welche in allem Vorkommenden erfahren sind, von 15 bis 18 Doll. die Woche. Die besten Preise finden größtentheils in diesen Shops statt, wo auf Wochenlohn gearbeitet wird, und wo nur Solche zugelassen werden, welche Vereins-Mitglieder sind, das Gleiche findet in den Stück-Shops statt, und die schlechtesten Preise sind gewöhnlich in den Shops, wo die Arbeiter nicht dem Verein angehören. Frühjahr 3 bis 4 Monat, sowie desgleichen im Spätjahr, sind gewöhnlich Arbeitskräfte gesucht, wenn keine Störung des Geschäftslebens, währenddem die Zwischenzeit flau ist, und häufig viele Arbeiter entlassen und ohne Beschäftigung sind. Der Arbeiter hat das Werkzeug sich selbst zu stellen, und Tischler und Pianoforte-Macher das ganze Werkzeug, Bank, Knecht, Zwingen ꝛc. Vorbenannte Gewerke sind den übrigen Gewerken im Preis voraus, so daß circa eine Differenz von 2½ bis 3 Doll. pr. Woche entsteht. Die Lebensbedürfnisse, sowie Wohnung und Kleidung sind sehr theuer und bedarf ein Familien-Vater mit 2 Kindern wenigstens 10 bis 12 Doll. pr. Woche. Ein einzelner Mann zahlt gewöhnlich für Kost und Schlafstelle, welches Vieles zu wünschen übrig läßt, 5 Doll. pr. Woche, besser verlangt zu höherem Preis. Wohnung 1 Zimmer gewöhnlich 16 Fuß bei 14 Fuß und Schlafzimmer 10 Fuß bei 8 Fuß in Front 8 bis 10 Doll. den Monat in Vorausbezahlung. Hinterzimmer ½ Doll. den Monat billiger, ebenso jede Wohnung, je eine Stiege höher. Wir machen schließlich noch darauf aufmerksam, daß Jeder einem Gewerb Angehörende bei seiner Ankunft sogleich dem betreffenden Verein beitreten sollte, indem ihm Schutz und Unterstützung in jeder Weise zu Theil werden.

Der Vorstand der vereinigten Tischler,
Social-Reform-Halle Grand Str. Nr. 281.

Theater am Montag.

Opernhaus: Die Regimentstochter. — Schauspielhaus: Spielt nicht mit dem Feuer. Freund und Feind. — Saaltheater: Le mari à la campagne. — Friedrich-Wilhelmstadt: Aus bewegter Zeit. — Wallner: Im Zaubersalon. Ein eiserner Charakter. Ein Berliner in Wien. Im Wartesalon III. Klasse. — Woltersdorff: 500,000 Teufel. — Kroll: Die Sphinx. Kalospinthechromokrene.

Verlag von Alexander Jonas in Berlin. — Druck von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortl. Redakteur u. Herausgeber: Dr. Lewinstein in Berlin.